

II-3219 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DKFM. FERDINAND LACINA

A-1010 Wien, Elisabethstraße 9
Tel. (0222) 56 34 00
Fernschreib-Nr. 111800

GZ 520.440/38-V/2/85

Wien, am 27. August 1985

1481/AB
1985-08-29
zu 1496/J

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat BRANDSTÄTTER, HEINZINGER, Dr. PUNTIGAM und Kollegen haben am 3. Juli 1985 unter der Nr. 1496/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Sanierungsplan für die Verstaatlichte Industrie hinsichtlich Schadstoffemissionen an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Welche Menge an Schadstoffen (SO₂, NO_x, Fluor und Schwermetalle) stießen die Betriebe der ÖIAG im Jahr 1984 aus?
- 2) Welche Betriebe der ÖIAG sind Emittenten oben angeführter Schadstoffe?
- 3) Wie verteilt sich der Ausstoß der jeweiligen Schadstoffe auf die einzelnen Emittenten?
- 4) Welche Ausstoßmengen der angeführten Schadstoffe wurden bei den einzelnen Betrieben der ÖIAG, die als Emittenten aufscheinen, im ersten Quartal 1985 festgestellt?
- 5) Welchen Sanierungsplan können Sie für die angeführten Betriebe vorlegen?
- 6) Welchen Finanzierungsplan haben Sie für die Sanierung der einzelnen Betriebe?"

- 2 -

Ich habe diese Anfrage zum Anlaß genommen, die ÖIAG um eine entsprechende Stellungnahme zu ersuchen. Auf der Basis dieser Stellungnahme habe ich die Möglichkeit, globale Informationen über die Betriebe der Verstaatlichten Industrie weiterzugeben. Aus Gründen der betrieblichen Geheimhaltung kann ich jedoch nicht über Kosten - Ertrags- und Konkurrenzfragen - sowie zu Themen der Produktionspolitik im Detail Auskunft geben. Die betriebsspezifischen Angaben über den Ausstoß von Schadstoffen fallen ebenfalls in diesen Bereich. Ich beehre mich daher, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Schadstoffemissionen 1984	
in t	
SO ₂	33.190
NO _x	23.321
Fluor	313
Schwermetalle	139,1

Zu Frage 2:

VA AG-Linz
VA AG-Donawitz
ÖMV AG-Schwechat (Raffinerie)
ÖMV AG-Auersthal (Erdgasbetrieb)
CL-Linz
BBU-Arnoldstein
AMAG-Ranshofen
AMAG-Brixlegg

- 3 -

Zu Frage 3 und 4:

Wie bereits eingangs erwähnt, können derartig spezifische Daten nicht bekanntgegeben werden. Die Emissionswerte entsprachen allen zum Zeitpunkt der Anfrage bestehenden gesetzlichen und behördlichen Auflagen.

Zu Frage 5 und 6:

Wie bereits erwähnt sind für die Erarbeitung von Sanierungsplänen und entsprechenden Finanzierungsplänen grundsätzlich die einzelnen Unternehmen verantwortlich.

Im Zusammenhang zu diesen Fragen kann jedoch festgehalten werden, daß die Verstaatlichte Industrie bereits in den letzten Jahren durch besondere Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine erhebliche Verringerung der Schadstoffemissionen erzielt hat. Zum Beispiel reduzierten sich die SO₂-Emissionen insgesamt in den Jahren 1980 - 1984 um rund 32%. Bei der VOEST-Alpine allein betrug der Rückgang rund 36%, ebenso bei der ÖMV; die Chemie Linz reduzierte ihren SO₂-Ausstoß in diesem Zeitraum um rund 26%. Im Jahre 1984 wurden in den einzelnen Unternehmen der Verstaatlichten Industrie weitere Sanierungskonzepte vorgelegt bzw. bereits in Angriff genommen, um eine weitere drastische Reduktion der Schadstoffemissionen insbesondere in schadstoffbelasteten Regionen zu erreichen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das koordinierte Umweltschutzmaßnahmenprogramm zur raschen Verbesserung der Luftqualität in der oberösterreichischen Landeshauptstadt durch die Chemie Linz AG und VOEST-Alpine AG, das Anfang des Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

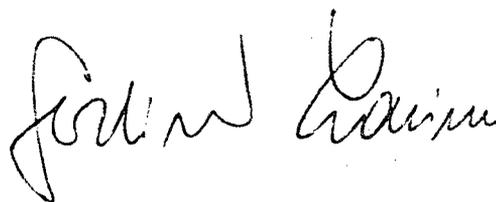
- 4 -

Einer der Schwerpunkte dieses Programmes bei der Chemie Linz AG ist der Neubau der Salpetersäureanlage mit einem Investitionsvolumen von 420 Mio S. Mit der Inbetriebnahme dieser Anlage im Herbst 1986 wird eine Reduktion der NO_x-Emissionen von 75% erzielt.

Als Beispiel für geplante bzw. derzeit in Durchführung befindliche Sanierungsvorhaben können der Neubau der Rauchgasentschwefelungsanlage in der BBU (Reduktion der gesamten SO₂-Emissionen um mindestens 90%) sowie in der ÖMV die Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlage im Jahre 1985 und der Restgasaufbereitung im Jahre 1987 erwähnt werden.

Die rasche Realisierung der geplanten Umweltschutzvorhaben ohne wesentliche Beeinträchtigung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen ist nur dadurch möglich, daß auch seitens der Bundesregierung im Rahmen ihrer Umweltpolitik solche Investitionen in erheblichem Ausmaß aus Mitteln des Umweltfonds gefördert werden. So wurden im Jahre 1984 Förderungsmittel für Umweltschutzvorhaben in der Höhe von insgesamt 1 Mrd. S bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen



An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1010 Wien